

Schweiz hofft trotz Brexit-Nein

Diplomatie Die EU sperrt sich gegen Nachverhandlungen zum Brexit-Abkommen, zeigt sich aber trotzdem gesprächsbereit. Was bedeutet das für die Schweiz und das Rahmenabkommen?

Remo Hess, Barbara Inglin

Die Schweiz und Grossbritannien haben ein ähnliches Problem: Beide haben ein Abkommen mit der EU verhandelt, das weit davon entfernt ist, im eigenen Land eine Mehrheit zu finden. Was für die Briten die Frage des sogenannten Backstops ist, also die Garantie einer unsichtbaren Grenze in Nordirland, ist für die Schweiz die Personenfreizügigkeit. Genauer: die Aufweichung der flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz und die drohende Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie. Sie stellen die roten Linien dar, die einen Abschluss des Rahmenabkommens verhindern. Nachverhandlungen über diese Punkte, das machte die EU mehrmals klar, kommen nicht in Frage. Die Schweiz müsse sich entscheiden. Gegenüber den Briten tönt es gleich.

So auch gestern, am Tag nach der Ablehnung des Brexit-Deals im britischen Parlament. Er nehme das Ergebnis mit Bedauern zur Kenntnis, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Die Briten sollten nun «so rasch wie möglich» sagen, wie es weitergehen soll. Juncker: «Die Zeit ist fast abgelaufen.»

EU-Chefverhandler signalisiert Offenheit

EU-Chefverhandler Michel Barnier bezeichnete das Austrittsabkommen bei einer Sonderdebatte im EU-Parlament einmal mehr als den «bestmöglichen Kompromiss». Die Gründe für die Ablehnung im britischen Parlament seien sehr unterschiedlich, sogar widersprüchlich gewesen, so Barnier. Er verwies damit auf die Tatsache, dass der Deal sowohl von einem Teil der Regierungspartei als auch von der linken Labour-Opposition abgelehnt wurde. An jene Labour-Abgeordneten, die gegen den Deal stimmten, weil er ihnen einen zu harten Bruch mit der EU herbeiführt, signalisierte Barnier Offenheit. Eine ambitioniertere Partnerschaft, die über ein einfaches Freihandelsabkommen hinausgehe, sei jederzeit möglich. Dazu müsste Grossbritannien aber seine roten Linien revidieren, sprich die Personen-



Der Streit über das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU geht weiter.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

freizügigkeit und die Regeln des Binnenmarkts akzeptieren.

Klar ist aber auch: Für eine sehr weiche Brexit-Variante gibt es im britischen Parlament keine Mehrheit. Auf der anderen Seite würden sich die Brexit-Hardliner auch bei Zugeständnissen wie der zeitlichen Beschränkung des Backstops auf zum Beispiel fünf oder zehn Jahre kaum besänftigen lassen. Die Briten, so scheint es, wissen einfach nicht, was sie wollen. Angesichts dessen deutet vieles darauf hin, dass der auf den 29. März angesetzte Brexit verschoben werden könnte. Die Rede ist von drei Monaten bis Ende Juni, um zusätzliche Gespräche zu führen. Es sei weiterhin «unsere absolute Priorität», dass es zu einem geordneten EU-Austritt des Vereinigten König-

Bundesrat startet Konsultation

Der Bundesrat hat die Modalitäten für die Konsultation zum institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU festgelegt. Im Dezember hatte der Bundesrat vom Verhandlungsergebnis Kenntnis genommen – und von der Tatsache, dass die EU die Verhandlungen als abgeschlossen betrachtet. Bei der Konsultation handle es sich nicht um eine Vernehmlassung im Sinne des Gesetzes, sondern um direkte Treffen, um die Standpunkte der betroffenen Kreise einzuholen, schreibt der Bundesrat in einer Mitteilung vom Mittwoch. Das Ziel sei, Diskussionen über die Vor- und Nachteile des

Abkommensentwurfs zu führen, die Positionen der wichtigsten Akteure zu ermitteln und eine konsolidierte Position in Bezug auf die offenen Punkte zu erarbeiten. Der Bundesrat erwartet nach diesen Treffen eine schriftliche Rückmeldung. An den Gesprächen werden eine Delegation des Bundesrates, Staatssekretär Roberto Balzaretto und weitere Fachpersonen teilnehmen. Konsultiert werden die ausserpolitischen Kommissionen und die Wirtschaftskommissionen, die Konferenz der Kantonsregierungen, die politischen Parteien mit Fraktionsstärke, die Sozialpartner, die Wirtschaft und die Wissenschaft. (sda)

reichs komme, sagte Michel Barnier gestern.

Eine Chance für die Schweiz?

Die EU signalisiert Grossbritannien also eine gewisse Gesprächsbereitschaft. Was bedeutet das für die Schweiz und das Rahmenabkommen? «Das ist alles Spekulation und Kaffeesatzlesen», meinte Bundespräsident Ueli Maurer gestern auf eine entsprechende Frage. Kürzlich hatte er angekündigt, dass er mit der EU Nachverhandlungen über das Rahmenabkommen führen wolle. EU-Kommissar Johannes Hahn erklärte Nachverhandlungen hingegen für ausgeschlossen. Zentral seien für den Bundesrat nun die anstehenden Konsultationen mit den Parteien und wei-

teren Organisationen, sagte Maurer gestern. Man wolle herausfinden, welches die wichtigsten Bedürfnisse seien (siehe Kasten). Und dann nochmals das Gespräch mit der EU suchen. Auch Staatssekretär Roberto Balzaretto betonte, die Entwicklungen in Grossbritannien solle man nicht überbewerten. «Wir müssen schauen, was für ein Abkommen wir auf dem Tisch haben und uns damit auseinandersetzen.» Die EU habe zwar betont, der Text sei endgültig. EU-Kommissar Hahn habe aber auch gesagt, die Türe für Verhandlungen sei zwar zu, aber nicht abgeschlossen.

Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission, sieht gewisse Parallelen. «Die Schweiz und Grossbritannien sind in einer vertrackten Situation», sagt die CVP-Nationalrätin. Das mit der EU ausgehandelte Abkommen sei im Inland nicht mehrheitsfähig, ein Ausstieg aus den bilateralen Verträgen aber auch nicht. Beim Rahmenabkommen könnten Nachverhandlungen zu einer besseren Akzeptanz im Inland führen, sagt Schneider-Schneiter. So müsse etwa die Unionsbürgerschaft explizit ausgeschlossen werden können, und für die flankierenden Massnahmen brauche es mehrheitsfähige Lösungen.

Aussenpolitikerin Christa Markwalder wertet es positiv, dass die EU Grossbritannien ein gewisses Entgegenkommen signalisiert. Die Schweiz sei aber in einer anderen Situation. «Grossbritannien befindet sich in Scheidungsverhandlungen mit der EU, wir versuchen, unser Konkubinats zu regeln. Von den allfälligen Kollateralschäden der Scheidung wollen wir nicht betroffen sein», sagt die FDP-Nationalrätin. Darum konzentriere sich die Schweiz besser auf die eigenen Verhandlungen, statt auf die Briten zu fokussieren. Das Rahmenabkommen, wie es jetzt vorliege, enthalte Rechte und Pflichten, bringe der Schweiz aber auch viele Vorteile. Komme es zu Neuverhandlungen, könnte auch die EU neue Forderungen aufbringen, gibt Markwalder zu bedenken. «Diese Risikoabwägung müssen wir machen.»

Wahl von Amherd-Nachfolge wird vertagt

CVP Aus Rücksicht auf Kandidatin Andrea Gmür erfolgt die Fraktionsvize-Wahl statt Ende dieser Woche erst im Februar.

Die CVP braucht einen neuen Vizechef oder eine neue Vizechefin für ihre Bundeshausfraktion, weil die bisherige Amtsinhaberin Viola Amherd in den Bundesrat gewählt wurde. Ursprünglich war geplant, die Wahl Ende dieser Woche durchzuführen – an der Klausursitzung der CVP-Fraktion in Locarno. Aber diese Pläne wurden jetzt geändert. «Die Wahl findet voraussichtlich an der vorbereitenden Fraktionsitzung vor der Frühlingssession statt», bestätigt CVP-Informationsschef Manuel Ackermann auf Anfrage. Also in der zweitletzten Februarwoche.

Der Grund für den Fahrplanwechsel dürfte mit der Luzerner

Nationalrätin Andrea Gmür zu tun haben. Sie bewirbt sich, zusammen mit dem ebenfalls aus dem Kanton Luzern stammenden Nationalrat Leo Müller um das Vize-Amt. Weitere Anwärter gibt es nicht.

Vize muss Teil des Nationalrats sein

Der Wahltermin von Ende dieser Woche war für Gmür allerdings ein Problem. Denn erst übernächste Woche, am 29. Januar, fällt der Entscheid, ob sie von der Luzerner CVP ins Ständeratsrennen geschickt wird. Ist dies der Fall, kommt Gmür als Vize-Fraktionschefin faktisch nicht mehr in Frage. Denn der oder die Vize-

leitet die Nationalratsdelegation und muss daher der grossen Kammer angehören. Fraktionschef Filippo Lombardi (TI) gehört dem Ständerat an. Ob Andrea Gmür allerdings wirklich Ständeratskandidatin wird, ist al-



Andrea Gmür

Bild: Keystone

les andere als sicher. Sie hat vorab mit der Vizepräsidentin der CVP Luzern, Yvonne Hunkeler, eine im Kanton gut verankerte Rivalin im Rennen um die Nachfolge des zurücktretenden Ständerats Konrad Graber.

Bei der innerluzernischen Ausmarchung um das Vize-Amt der CVP-Fraktion geht es indirekt bereits um die Nationalratswahlen. Die CVP läuft Gefahr, einen ihrer drei Luzerner Nationalratssitze zu verlieren. Und am stärksten gefährdet ist der Sitz von Andrea Gmür, die 2015 den dritten Platz hinter Ida Glanzmann und Leo Müller belegte.

Henry Habegger

Steuerabzüge für Krankenkasse sollen steigen

Gesundheit Die Steuerabzüge für Krankenkassenprämien sollen erhöht werden. Dass will nach dem Nationalrat auch die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK). Sie hat einem Vorstoss deutlich zugestimmt, der fast doppelt so hohe Abzüge fordert. Mit 9 zu 3 Stimmen beantragt die Kommission ihrem Rat, die Motion des Waadtänder SVP-Nationalrats Jean-Pierre Grin anzunehmen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten.

Die Befürworter des Vorstosses argumentieren, Krankenkassenprämien seien Zwangsabgaben und Teil der unvermeidlichen Lebenshaltungskosten. Durch das starke Wachstum der Prämien seien höhere Abzüge gerechtfertigt, finden sie. Die Kommissionsminderheit hin-

gegen lehnt die Motion ab, weil höhere Einkommen überproportional von dieser Änderung profitieren würden.

Grin schlägt vor, den Abzug für Alleinstehende von heute 1700 auf 3000 Franken zu erhöhen. Für Ehepaare wären es neu 6100 Franken statt 3500 Franken. Pro Kind könnten 1200 Franken statt 700 Franken von der Bundessteuer abgezogen werden. Gemäss dem Bundesrat würden die höheren Abzüge zu Mindereinnahmen bei Bund und Kantonen von 465 Millionen Franken im Jahr führen. Nun wird der Ständerat entscheiden. Abgelehnt hat die WAK eine Motion, die verlangt, dass die Krankenkassenprämien nach Einkommen abgestuft vollständig steuerlich abzugsfähig sind. (sda)